

Carlo Masala

# Italien nach den Regionalwahlen vom 16. April 2000

**Der Anfang vom Ende der Mitte-Links-Regierung?**

**Der Ausgang der Regionalwahlen in Italien fokussierte die Probleme der Regierungskoalition unter Ministerpräsident D'Alema wie unter einem Brennglas. Zum einen wurde deutlich, dass die ohnehin schon knappe Mehrheit, über welche die Regierungskoalition verfügte verloren gegangen war. Zum anderen wurden im Vorfeld und erst Recht nach den Wahlen die Probleme deutlich, die zwischen den regierenden Parteien existieren. Eine Vielzahl der kleinen Koalitionspartner der DS fühlen sich zunehmend von der DS als parlamentarische Mehrheitsbeschaffer instrumentalisiert, ohne einen wirklichen Einfluss auf die Politikentwicklung und -implementierung ausüben zu können. Ob die Nominierung Amatos zum neuen italienischen Ministerpräsidenten die immer größer werdende Kluft zwischen der DS und ihren Partnern überbrücken kann, bleibt abzuwarten. Waren die Regionalwahlen der Auftakt für das Ende der Mitte-Links-Koalition?**

Der Wind von 1994 weht wieder durch das Land, verkündete der Sekretär der CCD, Pier Ferdinando Casini, wenige Tage nach den Regionalwahlen vom 16. April 2000. Die Regierung Massimo D'Alemas sei an ihrer eigenen Arroganz gegenüber der italienischen Bevölkerung gescheitert.<sup>1)</sup> Was war geschehen?

48 Millionen Italiener waren dazu aufgerufen, in 15 von 20 italienischen Regionen sowohl die Regionalparlamente als auch zum ersten Mal in der Geschichte Italiens nach 1943 die Regionalpräsidenten in direkter Wahl zu bestimmen. Zwar haben die italienischen Regionen im politischen System Italiens eine eher untergeordnete Bedeutung und sind nicht mit den deutschen Bundesländern vergleichbar, aber die Regionalwahlen galten unter den politischen Parteien der Tiberrepublik als eine Art Läkmustest für die Zustimmung der Bevölkerung zur regierenden Mitte-Links-Koalition unter Ministerpräsident D'Alema. Dazu trug nicht zuletzt die Politik der Regierung bei, die das Abschneiden bei den Regionalwahlen, zu denen rund zwei Drittel der wahlberechtigten Italiener stimmberechtigt waren, zu einer Art Referendum über die Akzeptanz der Mitte-Links-Regierung hochstilisiert hatten.<sup>2)</sup> Durch eiligst vor der Wahl von der italienischen Abgeordnetenkammer verabschiedete Gesetze wurde der Oppositionsführer des Pds der Freiheit, Silvio Berlusconi, daran gehindert, seine Fernsehkanäle für Wahlwerbung zu nutzen, was der Ölbaum-Koalition einen medialen Vorsprung verschaffte. Berlusconi hingegen führte seinen Wahlkampf vom Wasser aus. Ein eigens für die Regionalwahlen angemietetes Kreuzfahrtschiff

diente ihm als Wahlkampfzentrale sowie als Wahlkampfbühne, auf der er um Einfluss auf den italienischen Wähler rang. Interessanterweise reduzierte der von Berlusconi dominierte Wahlkampf die Auseinandersetzung zwischen „Rechts“ und „Links“ auf die einfache, aber wirkungsvolle Formel: Wer nicht für den Pol stimmt, stimmt für die Kommunisten. Was von vielen Kommentatoren belächelt wurde, erwies sich ex post als eine richtige Strategie, da sie das diffus vorhandene Gefühl vieler Wähler ansprach, dass die verschiedenen Transformationen der ehemaligen Kommunistischen Partei Italiens zur heutigen DS nicht mit einer wirklichen programmatischen Erneuerung einhergegangen waren.<sup>3)</sup> Letzten Endes spitzte sich der Wahlkampf auf eine personelle Auseinandersetzung zwischen Berlusconi und D'Alema zu – eine Situation, die es, wie der ehemalige Staatspräsident Scalfaro treffend bemerkte, in der Geschichte Italiens in dieser Form bisher nicht gegeben habe.<sup>4)</sup>

### ■ Die Regionalwahlen

Der Urnengang erwies sich denn auch als ein Referendum über die Politik der Mitte-Links-Regierung, aber nicht so, wie es sich D'Alema erhofft hatte. Wurden bis zum 16. April elf der 15 Regionen von einer Mitte-Links-Koalition regiert, so wendete sich das Blatt am Wahlsonntag dramatisch. In acht von 15 Regionen wurden, teils mit überwältigender Mehrheit, Kandidaten des Mitte-Rechts-Bündnisses zu Regionalpräsidenten gekürt und auch in den Regionalparlamenten konnte das Bündnis um Silvio Berlusconi stabile Mehrheiten auf sich vereinen. Die vier Jahre währende „Vorherrschaft“<sup>5)</sup> der Mitte-Links-Regierung in den Regionen war durch das „Erdbeben im April“<sup>6)</sup> gebrochen.

Außer im „roten Gürtel“, der die Emilia-Romagna, die Toskana, die Marken und Umbrien umfasst, konnte die Linke lediglich in den „kleinen“ südlichen Regionen, wie Kampanien, der Basilikata und Molise ihre Mehrheiten verteidigen.

Die bevölkerungsreichsten Regionen, die Lombardei, Norditalien, Ligurien, Piemont und Venetien gingen mit Ergebnissen von teils über 60 Prozent (Lombardei) an die im Pol der Freiheit zusammengeschlossenen Parteien.

1) Vgl. *Corriere della Sera* vom 18. April 2000.

2) Vgl. *La Repubblica* vom 12. April 2000.

3) Vgl. hierzu den instruktiven Kommentar von Pater Michele Simone in einer Sendung von Radio Vatican vom 18. April 2000, zu Teilen wiedergegeben in *La Stampa* vom 19. April 2000.

4) Scalfaro in einem Interview mit *La Stampa* vom 19. April 2000.

5) Vgl. FAZ vom 18. April 2000.

6) Vgl. *Corriere della Sera* vom 18. April 2000.

7) *L'Unità* vom 19. April 2000.

Was auf den ersten Blick vielleicht nicht wie ein überragender Wahlsieg aussehen mag (acht Regionen Mitte-Rechts, sieben Regionen Mitte-Links) erweist sich bei näherem Hinsehen als eine deutliche Absage an die Politik des *Ulivo*. 32 Millionen Wahlberechtigte stimmten am 16. April für den Pol der Freiheit und lediglich 16 Millionen für die Koalition um die Democratici di Sinistra (DS), die Nachfolgepartei der PDS.

Für Berlusconi und seine Verbündeten, zu denen auch wieder die Lega Nord mit Umberto Bossi gehörte, waren die Regionalwahlen eine deutliche Bestätigung ihrer These, dass die Mitte-Links-Regierung schon seit ihrem Amtsantritt über keine Mehrheit der Stimmen verfügt hat und aus den Parlamentswahlen von 1996 nur deshalb als Siegerin hervorgegangen ist, weil die Mitte-Rechts-Parteien, genauer gesagt Forza Italia und die Lega Nord, obgleich sie die numerische Mehrheit der Stimmen hinter sich versammelt hatten, so zerstritten waren, dass ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich war.

Auch die Parteizeitung der DS, die *L'Unità*, trug diesem Umstand Rechnung und schrieb am 19. April 2000: „Vier Jahre nach der Parlamentswahl von 1996 stehen wir schwächer dar als damals.“<sup>7)</sup>

#### I Wahlergebnisse im Überblick (in Prozent)

Quelle: *Corriere della Sera*

Region	Mi.-Re.	Mi.-Li.	Radik.	Regionalpräsident
Piemonte	51.8	39.5	5.7	Enzo Ghigo
Lombardia	62.4	31.5	3.3	Roberto Formigoni
Veneto	54.9	38.2	2.5	Giancarlo Galan
Liguria	50.8	46.0	2.6	Sandro Blasotti
Emilia Romagna	40.3	56.5	2.8	Vasco Errani
Toscana	40.0	49.2	2.5	Claudio Martini
Umbria	39.2	56.4	2.0	Maria Lorenzetti
Marche	44.2	49.9	2.4	Vito d'Ambrosio
Lazio	51.3	46.0	2.2	Francesco Storace
Abbruzzo	49.3	48.8	1.2	Giovanni Pace
Molise	48,7	49.0	1.0	Giovanni di Stasi
Campania	44.2	54.2	1.3	Antonio Bassolino
Puglia	53.9	43.5	1.3	Raffaele Fitto
Basilicata	35.1	63.1	0.8	Filippo Bubbico
Calabria	49.8	48.7	0.6	G. Chiaravalloti

#### ■ Der Rücktritt D'Alemas

Folglich insistierten Berlusconi, Fini, Casini sowie Umberto Bossi darauf, dass die Konsequenz der Regionalwahl der Rücktritt der Regierung D'Alema

sowie die Auflösung des Parlamentes und die Abhaltung von Neuwahlen sein müsse. Jeden Tag, den diese Regierung noch länger im Amt bleiben würde, so erklärte AN-Chef Fini, sei eine Beleidigung des freien Willens des italienischen Volkes.<sup>8)</sup> An die Stelle einer delegitimierten Regierung müsse nun eine gute Regierung treten, begründete CCD-Sekretär Casini seinen Vorstoß für sofortige Neuwahlen.<sup>9)</sup>

Gegen vorgezogene Neuwahlen sprachen sich – wie es nicht anders zu erwarten gewesen war – die Parteien der *Ulivo*-Koalition aus. Die DS argumentierte, dass vorgezogene Neuwahlen zwar eine neue Regierung an die Macht bringen könnte, diese aber unter denselben tendenziell unstabilen Bedingungen agieren müsse, solange das geltende Wahlrecht nicht grundsätzlich reformiert sei. Solange es kein reines Mehrheitssystem für die nationalen Wahlen geben werde, sondern das bisherige Mischesystem aus Mehrheits- und Proporzwahlen weiter gelte, könnten Neuwahlen keine grundsätzliche Veränderung hinsichtlich der Stabilität gewählter Regierungen bewirken. Deshalb sei es sinnvoller, das Ergebnis des für den 21. Mai 2000 angesetzten Wahlrechtsreferendums abzuwarten.<sup>10)</sup>

D'Alema selbst zog noch am Abend der Regionalwahlen die Konsequenzen aus seiner bisherigen Regierungspolitik und kündigte an, Staatspräsident Ciampi am darauffolgenden Montag seinen Rücktritt anzubieten. Allerdings machte er auch deutlich, dass er nicht daran denke, dem Staatspräsidenten auch die Auflösung des Parlamentes sowie die Ausschreibung von Neuwahlen zu empfehlen. Die Regierung habe ein Mandat bis 2001 und sehe keinerlei Veranlassung, dieses vorzeitig abzugeben, verkündete die Nummer zwei in der DS-Parteizentrale, Pietro Folena.<sup>11)</sup>

Doch Staatspräsident Ciampi machte D'Alema einen Strich durch die Rechnung und lehnte dessen Demissionierungsgebot ab. Stattdessen forderte er D'Alema auf, vor beiden Kammern des Parlaments mit einer ausreichenden Mehrheit der Linken seine Stellung zu klären.<sup>12)</sup>

Die Aufforderung zur Vertrauensfrage beschwore für D'Alema einige Risiken herauf. Bereits seit einiger Zeit gärtete es innerhalb der Koalition, vor allem bei den kleineren Parteien. Sie beschwerten sich

8) *La Repubblica* vom 20. April 2000.

9) <http://www.ccd.it/>

10) Walter Veltroni, in: RAI Uno am 17. April 2000.

11) Vgl. *La Stampa* vom 19. April 2000.

12) Vgl. FAZ vom 18. April 2000.

zunehmend über die Art und Weise, wie die DS und ihr Führer D'Alema die Koalition für die Durchsetzung ihrer Politik benutzten und die kleineren Koalitionspartner, ohne die der PDS nach den Wahlen von 1996 nie die Regierung hätte stellen können, dabei zunehmend an den Rand drückte. Ferner war es ungewiss, ob einige der kleineren Regierungspar teien, angesichts des schlechten Wahlergebnisses bei den Regionalwahlen, nicht dem Ölbaum die Treue aufzukündigen könnten, um sich für eventuelle Neuwahlen strategisch besser zu positionieren.<sup>13)</sup>

13) Vgl. Joseph Lütke Entrup: „Hoher Sieg der Opposition bei den italienischen Regionalwahlen“, Politischer Kurzbericht, unter: <http://www.kas.de/publikationen/laenderberichte2000/italien0400.html>, S. 3.

14) Vgl. die Diskussion in *L'Unità* vom 17. bis 20. April 2000.

Doch selbst im Angesicht seines bevorstehenden Rücktritts erwies sich D'Alema als geschickter Machstrategie. Zum einen stieß er recht frühzeitig die Diskussion um mögliche Nachfolgekandidaten an. Ihm war bewusst, dass der nächste Regierungschef aus den Reihen der kleineren Koalitionspartner kommen müsse oder gar keiner Partei angehören dürfe. Nur so würde es der Regierungskoalition möglich sein, den internen Frieden zu wahren und bei den Wahlen 2001 den bei der Bevölkerung vorherrschenden Eindruck einer von der DS dominierten Koalition zu relativieren.

Um jedoch die eigene Partei nicht allzusehr vor den Kopf zu stoßen, insistierten enge Vertraute D'Alemas darauf, dass mit der Entscheidung für einen neuen Regierungschef, der nicht aus den Reihen der DS entstammt, noch keine Entscheidung über den Spitzenkandidaten bei den nächsten regulären Parlamentswahlen in einem Jahr getroffen worden sei.<sup>14)</sup> Im Verlaufe der Diskussion kristallisierten sich zwei potentielle Nachfolger D'Alemas im Amt heraus. Zum einen der frühere Regierungschef und Finanzminister der Regierung D'Alema, der parteilose Ex-Sozialist Amato, sowie der Gouverneur der Banca d'Italia, Antonio Fazio. Amato wurde vom grünen Koalitionspartner der DS zuerst ins Gespräch gebracht und hatte aus der Sicht D'Alemas drei Vorteile, die ihn für das Amt des Regierungschefs prädestinierten. Zum einen ist er parteilos. Dadurch verfügt er über keine parteipolitische Hausmacht, die ihn gegebenenfalls gegen die DS stützen kann. Er wäre dadurch weiterhin abhängig von der stärksten Partei in der Regierung, der DS.

Zum zweiten besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Amato, der von Fachleuten hoch geschätzt

wird<sup>15)</sup>, in der italienischen Bevölkerung und insbesondere bei der Linken – wegen seiner bis heute noch nicht gänzlich geklärten Rolle im Parteispenden-skandal<sup>16)</sup> – keine besonders große Popularität besitzt, bei den Wahlen 2001 nicht der Spitzenkandidat des *Ulivo* wird und die Chancen für die DS, im Fall gewonnener Wahlen im Jahr 2001 den Regierungscamp zu stellen, weiterhin gewahrt bleiben.

Zuletzt sollte die Wahl Amatos gegenüber dem europäischen und internationalen Ausland, welches mit merklicher Unruhe auf die Ereignisse in Italien blickte, signalisieren, dass Italien Kontinuität und Berechenbarkeit anstrebt.<sup>17)</sup> Schützenhilfe bekam D'Alema für seinen Kurs vom deutschen Bundeskanzler. Der kündigte vollmundig an, dass eine Regierung Berlusconi/Fini mit den gleichen drakonischen Isolierungsmaßnahmen zu rechnen hätte, wie sie die europäischen Staats- und Regierungschefs gegenwärtig gegen Österreich durchexerzierten.<sup>18)</sup> Damit sollte den italienischen Parteien sowie der italienischen Bevölkerung suggeriert werden, dass auch das europäische Ausland, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, eine Fortführung der bisherigen Regierungskoalition begrüßen würde.

Um keine Niederlage bei den von Staatspräsident Ciampi geforderten Vertrauensabstimmungen im Parlament zu erzielen, bediente sich D'Alema eines taktisch geschickten Verfahrens. Anstatt die Vertrauensfrage zuerst in der Abgeordnetenkammer zu stellen, in der alle kleineren Koalitionspartner mit Sitz und Stimme vertreten sind, stellte sich D'Alema zuerst dem Votum im Senat des Parlamentes. Dieses für italienische Verhältnisse ungewöhnliche Verfahren erklärt sich dadurch, dass viele der kleineren Parteien im Senat keine Vertreter haben. Durch die Aussprechung des Vertrauens für D'Alema und seine Regierung im Senat wurde der Druck auf die Partner der DS, im Abgeordnetenhaus dem Votum des Senates zu folgen, größer. Eine Abweichung vom Vertrauensvotum im Senat hätte die Verantwortung für die darauffolgenden Neuwahlen auf die kleineren Parteien geschoben.

Mit dem Vertrauensvotum durch eine Mehrheit in beiden Kammern des Parlamentes konnte die Gefahr von Neuwahlen, wie sie von der Opposition vehement eingefordert wurde, abgewendet und ein daraus

15) Gerüchten zufolge war er der Wunschkandidat der Clinton-Administration für die Nachfolge des scheidenden IWF-Chefs. D'Alema sperrte sich jedoch gegen eine Nominierung Amatos, weil er in Italien nicht den Eindruck erwecken wollte, dass er nach Romano Prodi nun auch einen zweiten potentiellen Rivalen innerhalb der eigenen Reihen auf einen internationalen Spitzenposten weglohen wolle. Diese Information beruht auf telefonischen Interviews des Verfassers mit Beamten des römischen Finanz- und Außenministeriums.

16) Amato begann als rechte Hand des kürzlich im tunesischen Exil verstorbenen Sozialistenführers Craxi und bekleidete zwischen 1986 und 1992 mehrere hohe Ämter in verschiedenen italienischen Regierungen.

17) Vgl. den zusammenfassenden Bericht über die internationales Reaktionen in *La Stampa* vom 19. April 2000.

18) Vgl. das Interview Schröders mit der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 18. Mai 2000.

möglicherweise folgender Regierungswechsel vermieden werden.

Nur eine Woche, nachdem D'Alema in beiden Kammern das Vertrauen ausgesprochen wurde, stellte sich sein Nachfolger dem Votum des Parlamentes. In der Aussprache über sein Regierungsprogramm kam es dann zu einem kleineren Eklat, als der Senator und ehemalige Mailänder Staatsanwalt Antonio Di Pietro den neuen Ministerpräsidenten scharf wegen dessen Rolle in der Korruptionsaffäre der achtziger und frühen neunziger Jahre angriff. Di Pietro, der dem Mitte-Links-Bündnis angehört, kündigte an, gegen den neuen Ministerpräsidenten zu stimmen. Aus den Reihen der Opposition kam der Vorwurf, dass die designierte Regierung Amato keine demokratische Legitimität besitze, zumal der neue Regierungschef noch nicht einmal dem italienischen Parlament angehöre. Auch bei der Aussprache zum Regierungsprogramm zeigten sich deutliche Risse in der Ölbaum-Koalition. Vor allen den kleineren Parteien, die durch die Wahl Amatos in ihrer Bedeutung für die Regierungspolitik aufgewertet werden sollten, zeigten sich skeptisch bis offen ablehnend gegenüber den von Amato verkündeten Reformvorhaben im Renten-, Gesundheits- und Sozialbereich.<sup>19)</sup>

19) Vgl. die Berichterstattung in der NZZ vom 29. April 2000.

20) Vgl. NZZ vom 19. Mai 2000.

### ■ Die Referendumsschlappe

Als erste große Bewährungsprobe für die Regierung Amato erwies sich das für den 21. Mai 2000 terminierte Referendum über die Wahlrechtsreform. Der Übergang zu einem reinen Mehrheitswahlsystem war vor allem von den DS favorisiert worden, während sich die kleineren Parteien der Regierungskoalition mehrheitlich gegen eine Veränderung des bisherigen Wahlrechtes aussprachen. Lediglich die vom ehemaligen Ministerpräsidenten und heutigem EU-Kommissionschef Romano Prodi gegründete Sammlungsbewegung der Demokraten sprach sich für eine solche Änderung aus. Auf Seiten der Opposition existierte ein ebenso heterogenes Bild. Während sich die Alleanza Nazionale sowie der CCD für eine Änderung des Wahlrechtes aussprachen, verkündete Forza-Chef Berlusconi, dass er am 21. Mai arbeiten werde und forderte alle Italiener dazu auf, es ihm gleichzutun, oder bei gutem Wetter einen Ausflug mit ihren Familien zu machen.<sup>20)</sup>

Die Motive für diese unterschiedlichen Haltungen sind offensichtlich. AN und DS sind die einzigen politischen Kräfte in Italien, die feste Strukturen im ganzen Land vorweisen können. Sie müssten die Folgen, die von einer Änderung des Wahlrechtes ausgehen, am wenigsten befürchten. Im Gegenteil: Die Einführung des Mehrheitswahlrechts würde in weiten Teilen des Landes, vor allem im Süden, die Entscheidungsfreiheit der Wähler auf die Alternative zwischen einem AN- und einem DS- Kandidaten reduzieren. Aus der Sicht der kleineren Parteien könnte eine Änderung des Wahlrechtes zu einer Überlebensfrage werden. Sie müssten für einen solchen Fall um ihre Existenz und um ihren Einfluss innerhalb der großen Koalitionsblöcke fürchten.

Dass es dennoch Parteien wie die CCD und die Demokraten gibt, die sich – obgleich sie über keine landesweiten Strukturen verfügen – für eine Änderung ausgesprochen haben, liegt in der Hoffnung begründet, dass eine solche Änderung Parteienkonzentrationsprozesse bewirken wird, an deren Ende die Schaffung einer liberal-konservativen Volkspartei stehen könnte.

Summa summarum ist ein Großteil der „Kleinen“ lediglich zu einer Änderung des Wahlrechts bereit, wenn diese zur Einführung eines personalisierten Verhältniswahlrechts nach deutschem Muster beitragen würde.

Silvio Berlusconis Motive, sich gegen eine Änderung des existierenden Wahlrechts auszusprechen, sind komplexer. Forza Italia als die derzeit populärste Partei in der italienischen Wählergunst würde durch eine Änderung keinerlei Nachteile erleiden. Im Gegenteil. Zusammen mit der AN bestünde im Fall eines Mehrheitswahlrechts sogar die Möglichkeit, eine dauerhafte und stabile Regierungskoalition zu stellen.

Doch seit Forza Italia in die EVP aufgenommen wurde, zeigt sich Berlusconi äußerst rücksichtsvoll gegenüber den kleinen Nachfolgeparteien der DC, die teils im *Polo*, teils im *Ulivo* ihre neue politische Heimat gefunden haben. Zum einen trachtet der Cavaliere danach, keinen Streit innerhalb der EVP heraufzubeschwören,<sup>21)</sup> zum anderen spekuliert er nach wie vor darauf, dass sich Teile der ehemaligen Christdemokraten und anderer kleinerer Parteien im

21) Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 20. Mai 2000.

- 22) *Corriere della Sera* vom 5. Mai 2000.
- 23) Korrechterweise muss darauf hingewiesen werden, dass dem italienischen Wähler sieben Referenden zur Abstimmung vorlagen. Neben der Frage der Änderung des Wahlrechts ging es auch um anstehende Gesetzesvorhaben zur Parteienfinanzierung sowie zur Rechts- und Sozialpolitik.
- 24) Es wurden ca. 400 000 Namen aus den Listen gestrichen.
- 25) ADNKRONOS vom 21. Mai 2000 unter:  
<http://www.adnkronos.it>
- 26) Zitiert nach FAZ vom 23. Mai 2000.
- 27) Vgl. ANSA-Meldung vom 23. Mai 2000 unter:  
<http://www.ansa.it>

*Ulivo* zukünftig stärker in Richtung Forza Italia und des Polo per le libertà orientieren könnten, wenn die DS auch weiterhin wenig Rücksicht auf ihre kleinen Koalitionspartner nehmen wird, die ihnen 1996 zum Wahlsieg verholfen haben.<sup>22)</sup>

Der Ausgang des Referendums<sup>23)</sup> überraschte keinen der politischen Beobachter am Tiber. Obgleich es im Vorfeld des Referendums erheblichen Wirbel um die Wahllisten gegeben hatte, auf denen bis heute verstorbene oder im Ausland lebende Personen eingetragen sind und diese im Vorfeld des Referendums bereinigt wurden,<sup>24)</sup> konnte das erforderliche Quorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten, das laut Verfassung (Art. 75) erforderlich ist, damit jedes Referendum überhaupt Gültigkeit besitzt, nicht erreicht werden. Von den 49 Millionen Wahlberechtigten fanden sich lediglich 15,7 Millionen, das sind 32 Prozent, an jenem Maisontag in den Wahlkabinen ein, um ihre Stimme abzugeben.

Ministerpräsident Amato weigerte sich in einer ersten öffentlichen Stellungnahme zu dem Ausgang des Referendums, die politische Verantwortung für diese neuerliche Schlappe der Mitte-Links-Koalition zu übernehmen. Er, so ließ er die versammelte Presse wissen, habe mit dem Scheitern des Referendums nichts zu tun.<sup>25)</sup> Dies legte implizit die Vermutung nahe, dass Amato die Schuld an dem Ausgang des Referendums dem ehemaligen Ministerpräsidenten D'Alema in die Schuhe schieben wollte. Dieser übernahm auch eilends die politische Verantwortung für dieses Debakel und gab als Erklärung an, dass er sowie die DS auf ein „Wunder gehofft hätten“.<sup>26)</sup>

Die Opposition stieß in das gleiche Horn wie bereits nach den Regionalwahlen und forderte unmittelbar Neuwahlen, da auch das Referendum erneut eindrucksvoll bewiesen habe, dass der Regierung die demokratische Legitimation fehle.<sup>27)</sup>

Allerdings lässt die niedrige Wahlbeteiligung beim Referendum auch die Schlussfolgerung zu, dass die Mehrzahl der italienischen Bürger keine Veranlassung für eine Veränderung des Wahlrechts sieht.

### ■ Fazit

Die Regionalwahlen haben eines deutlich werden lassen. Dreieinhalb Jahre nach ihrem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen steckt die Mitte-Links-Regie-

rung in einer tiefen Krise. Zum einen treten die Bruchstellen innerhalb der Koalition immer deutlicher zu Tage. Die Dominanz der DS wird von den meisten kleineren Koalitionspartnern als zunehmende Belastung empfunden. Um ein – gegenwärtig zwar unwahrscheinliches, mit Blick auf die Wahlen 2001 jedoch nicht auszuschließendes – Auseinanderbrechen des *Ulivo* zu vermeiden, zauberten die DS die vermeintliche Trumpfkarte Amato aus dem Ärmel. Dieses taktische Manöver war jedoch zu ungeschickt, als dass es beim *Ulivo* auf ungeteilte Zustimmung gestoßen wäre. Des weiteren wird man in den Koalitionsreihen gewahr, dass die hohe Personalisierung der Regierungspolitik, die ganz auf die Person Massimo D'Alemas zugeschnitten war, nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie von einer erfolgreichen Politik unterfüttert wird. Selbst die Zeitung der DS konnte nach den verlorenen Regionalwahlen nicht umhin zu konstatieren, dass ein Führer allein nicht ausreiche, um erfolgreiche Regierungspolitik zu betreiben.<sup>28)</sup>

Der Versuch, die hohe Personalisierung der Opposition nachzuahmen, schlug fehl, da es eine der fundamentalen Gesetze parlamentarischer Demokratien ist, dass Oppositionsführer sich um die Realisierbarkeit ihrer politischen Konzepte nicht kümmern müssen. Für D'Alema bedeutete von Berlusconi zu lernen eben nicht siegen lernen.

Die Opposition sieht sich hingegen gestärkt. Die von ihr seit 1996 verbreitete Auffassung, dass die regierende Koalition nicht die Mehrheit der Italiener hinter sich habe, ist mit den Regionalwahlen erneut bestätigt worden. Nachdem Berlusconi seinen vorläufigen (Burg-)Frieden mit der Lega Nord Umberto Bossis geschlossen hat, stehen die Chancen auf einen deutlichen Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen besser denn je. Neuwahlen wie sie von Berlusconi und Fini in fast gebetsmühlenartiger Art und Weise gefordert werden, wird es wohl nicht geben. Dafür müssten eine oder mehrere kleinere Parteien aus der Regierungskoalition ausscheren und ihr auch die parlamentarische Unterstützung versagen. Danach sieht es jedoch gegenwärtig nicht aus.

Um seine Chancen für einen Sieg 2001 zu verbessern, müsste es Berlusconi gelingen, die liberalen und liberal-konservativen Kräfte der Koalition, wie die Liste Riformazione Italiana des Außenministers

28) Vgl. *L'Unità* vom 19. April 2000.

Lamberto Dini, in sein Lager zu ziehen. Aber hier sind die persönlichen Gräben zwischen Berlusconi und Dini gegenwärtig zu tief, als dass letzterer bereit wäre, den Rubikon zu überschreiten.

Nach den April/Mai-Ereignissen drängt sich dem Betrachter der Eindruck auf, dass die Regionalwahlen der Auftakt vom Ende der regierenden Mitte-Links-Koalition sein könnten. Aber ein kluges italienisches Sprichwort sagt: *Tra dire e fare c'è di mezzo il mare* (Zwischen Sagen und Handeln liegt das Meer). Und dieses muss erst einmal überquert werden.